

Der Oberbürgermeister

Landeshauptstadt Erfurt . Der Oberbürgermeister . 99111 Erfurt

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Robeck

Fischmarkt 1

99084 Erfurt

**Drucksache 2408/21; Anfrage nach § 9 Abs. 2 GeschO;
Stellenbesetzung für Arbeit der Ausländerbehörde notwendig ; öffentlich**

Journal-Nr.:

Sehr geehrter Herr Robeck,

Erfurt,

Ihre Anfrage beantworte ich wie folgt:

- 1. Wie viele Stellen sind zum 01. Dezember 2021 besetzt, wie viele Stellenbesetzungsverfahren sind aktuell in Bearbeitung und wie viele Stellen sind ausgeschrieben?**

Zum 01.12.2021 sind 40 Stellen besetzt. Zum 01.01.2022 kommen noch weitere 6 Mitarbeiter/-innen hinzu. Aktuell ist ein Stellenbesetzungsverfahren in Bearbeitung. Dabei sind fünf Stellen befristet als Elternzeitvertretung ausgeschrieben.

Der Haushalt 2022/2023 sieht im Stellenplan zum 01.01.2022 im Unterabschnitt 11300 "Ausländer-,Asyl-, Namensänderung" 75,2 Mitarbeiter/-innen vor, davon 72,2 für die eigentliche Ausländerbehörde. Damit wird deutlich, dass der bestehende Bedarf auch durch o. g. sechs Personen nicht abgedeckt werden kann. Bis neue Mitarbeiter/-innen in die komplexe Materie des Ausländerrechts ausreichend eingearbeitet sind, ist erfahrungsgemäß mindestens ein Jahr notwendig.

Die Ausländerzahl steigt seit Jahren immer weiter an und damit auch der künftige Bedarf der Ausländerbehörde.

- 2. Welche kurzfristigen Lösungen liegen der Stadtverwaltung vor, um weitere Räumlichkeiten für den Bedarf der Behörde zu erschließen und was tut die Stadtverwaltung, um möglichst sicherzustellen, dass Antragstellende schnellstmöglich die für sie und weitere Ämter wichtigen Unterlagen erhalten?**

Kurzfristig kann die Stadtverwaltung Erfurt keine Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Alle Verwaltungsgebäude sind mehr als ausgelastet. Das Thema der Platznot der Ausländerbehörde ist hinreichend bekannt. Für die gesamte

Seite 1 von 2

Ausländerbehörde ist eine Bürofläche von ca. 2.100 m² erforderlich. Für die Mitarbeiter/-innen des Gesundheitsamtes ist es in diesem Jahr gelungen, zwei kleinere Flächen im Thüringenhaus anzumieten. Die Flächen sind aber zu klein und ungeeignet für die Ausländerbehörde.

Um die aktuellen Mitarbeiteraufwüchse in der Ausländerbehörde mit einem Arbeitsplatz abzusichern, wird derzeit das gesamte Bürgeramt genutzt, darunter auch die neu ausgebauten Räume des Dachgeschosses, welche allerdings nicht barrierefrei erreichbar sind. Zeitweilig wurden sogar Schreibtische im Treppenhaus aufgestellt. Darüber hinaus zog die Bußgeldstelle in die Reichartstraße, um Platz für die Ausländerbehörde zu schaffen. Nach all diesen Maßnahmen ist eine weitere "Optimierung der vorhandenen Räumlichkeiten" innerhalb des Bürgeramtes unrealistisch, wie aus den aktuellen und künftigen Stellenzahlen (siehe Antwort zu Frage 1) abzuleiten ist. Darüber hinaus besteht zusätzlicher Platzbedarf wegen weiterer Aufgaben anderer Teile des Bürgeramtes.

Derzeit wird ein Gebäudekonzept durch die Stadtverwaltung erarbeitet, der Platzbedarf der Ausländerbehörde wurde angemeldet.

Mit freundlichen Grüßen

A. Bausewein